



Gemischter Parlamentarischer Ausschuss EU/Chile

Gemeinsame Erklärung

XXIII. Sitzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses Chilenischer Nationalkongress – Europäisches Parlament

Donnerstag, 3. November 2016

Santiago de Chile, Chile

Die Mitglieder des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses (GPA) Europäische Union-Chile, dem die Delegationen des Nationalkongresses von Chile und des Europäischen Parlaments angehören, einigen sich unter dem Vorsitz ihrer Ko-Vorsitzenden, dem Abgeordneten Pablo LORENZINI und Constanze KREHL, MdEP, nach dem Abschluss der XXIII. Sitzung des GPA und gemäß der Geschäftsordnung des GPA sowie Artikel 9 des 2002 unterzeichneten Assoziierungsabkommens EU-Chile auf die folgende

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

1. Die Delegationen des Nationalkongresses von Chile und des Europäischen Parlaments, die bis zu diesem Zeitpunkt 23 gemeinsame Sitzungen durchgeführt haben, begrüßen, dass sie in diesem Jahr zwei Sitzungen des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses durchführen konnten. In dieser Hinsicht heben sie den Stellenwert des GPA als Diskussionsforum und Ort des Meinungsaustauschs über Themen von gemeinsamem Interesse hervor, mit dem die interparlamentarischen Verbindungen zwischen Chile und der Europäischen Union (EU) gestärkt werden.
2. Beide Delegationen begrüßen den mit den bilateralen Beziehungen erreichten Fortschritt auf allen Ebenen seit dem Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens. Sie heben das politische Einverständnis zwischen Chile und der EU im Hinblick auf die Herausforderungen der globalen Agenda der multilateralen Institutionen hervor sowie die beiden Seiten nutzende Dynamik des Handels und die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit, die sich zwischen beiden Seiten ergeben haben. Sie heben erneut hervor, dass es unerlässlich ist, die Inhalte und Möglichkeiten, die das Assoziierungsabkommen bietet, zu

verbreiten, damit die Bürger sowie die Unternehmer und KMU, die einen Großteil der Arbeitsplätze in der EU und Chile schaffen, einen Nutzen aus ihnen ziehen können.

3. Beide parlamentarischen Delegationen heißen die neue Vorsitzende der Delegation der EU in Chile, Botschafterin Stella Zervoudaki, willkommen, und wünschen ihr viel Erfolg in ihrer Tätigkeit, die sie im September aufgenommen hat. Sie beglückwünschen ebenfalls ihren Vorgänger, Botschafter Rafael Dochao Moreno, sowie Botschafter Carlos Appelgren, der sieben Jahre lang Botschafter von Chile bei der EU war, für ihre exzellente Arbeit.
4. Beide parlamentarischen Delegationen bewerten den Beitrag der XXIII. Sitzung des Assoziationsausschusses und dem kürzlich zusammengekommenen ersten Gemischten Beratenden Ausschuss als positiv, da diese zwei wichtige Meilensteine in der Förderung der Modernisierung des Assoziierungsabkommens darstellen.
5. Die chilenische und die europäische Delegation begrüßen, dass über 13 Jahre nach dem Inkrafttreten des Abkommens der Gemischte Beratende Ausschuss zusammenkommen konnte, an dem wirtschaftliche und gesellschaftliche Organisationen teilnehmen und der vor einem Monat in Santiago de Chile seine erste Sitzung abhielt. Zweifellos wird dieses Organ den Dialog und die Zusammenarbeit fördern, indem die Bürger daran beteiligt werden, die Umsetzung des Assoziierungsabkommens zu verfolgen und es zu bewerten; beide Seiten betonen ihre künftig enge Zusammenarbeit.
6. Die Mitglieder beider Delegationen bekräftigen im Rahmen der Verfügungen der VI. Tagung des Assoziationsrates EU-Chile im April 2015 ihren verbindlichen Einsatz für die Modernisierung des Abkommens. Gemäß diesen Verfügungen muss der Prozess der Modernisierung alle Bereiche umfassen, um sie auf ausgeglichene Art und Weise an die neuen Gegebenheiten der bilateralen Beziehungen anzupassen. Sie hoffen, dass die XIV. Sitzung des Assoziationsausschusses sowie die besonderen Ausschüsse für die Verhandlungen im Bereich des Handels zu Fortschritten führen, die es ermöglichen, neue Themen in Bezug auf Handel und Investitionen aufzunehmen. Sie heben ebenfalls hervor, wie wichtig es war, dass die Bürger der EU an der Öffentlichen Konsultation über die Modernisierung der handelspolitischen Säule teilnehmen konnten, die am 31. August 2016 endete, und hoffen, dass die zum Ausdruck gebrachten Ansichten in die Folgenabschätzung, die derzeit von der Kommission ausgearbeitet wird, aufgenommen werden; die chilenische und die europäische Delegation betonen dennoch, dass es unerlässlich ist, auf beiden Seiten eine größere Transparenz und umfassendere Verbreitung der Informationen über die Abkommen zu fördern, um eine inklusivere Teilnahme über den gesamten Prozess ihrer Ausarbeitung, Verhandlung und Bewertung hinweg zu ermöglichen; sie hoffen, dass die Verhandlungen im ersten Quartal des Jahres 2017 aufgenommen werden.
7. Beide Delegationen sprechen sich entschieden für die Einrichtung eines neuen Rahmens für die Zusammenarbeit zwischen beiden Partnern aus, dessen Schwerpunkte in Bereichen von beiderseitigem Interesse und Nutzen liegen. Sie bekräftigen insbesondere ihre Überzeugung, dass dieser Rahmen Bereiche wie u. a. Umwelt, Klimawandel, Energie, Wissenschaft, KMU, Rohstoffe, Weltraumpolitik, Technologie und Innovation, soziale Verantwortung von Unternehmen, Geschlechterperspektive und Menschenrechte umfassen sollte. Sie heben außerdem hervor, dass die weitere Zusammenarbeit im Rahmen von

regionalen Programmen der EU notwendig ist, wie auch im Rahmen von Initiativen einer dreiseitigen Zusammenarbeit zugunsten von Drittländern in Lateinamerika und der Karibik. Sie fordern die EU und Chile auf, weiterhin Fortschritte in der Entwicklung eines Fahrplans zu machen und einen baldigen Abschluss zu erreichen, um der Zusammenarbeit zwischen beiden Partnern einen neuen Anstoß zu geben.

8. Beide Delegationen heben hervor, dass es wichtig ist, über moderne und international vernetzte Hochschulsysteme zu verfügen, und dass sichergestellt werden muss, dass diese Systeme zugänglich und inklusiv sind, um eine hohe Qualifizierung des Humankapitals im Rahmen der Erfordernisse der Informations- und Wissensgesellschaft zu ermöglichen. In dieser Hinsicht fordern sie die zuständigen Behörden auf, weiterhin die von dem VI. Assoziationsrat festgelegte Linie zu verfolgen, indem die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen beider Seiten vorangebracht wird und die akademische Mobilität von Studierenden, Dozenten und Forschern über Programme wie u. a. Erasmus+ in seiner internationalen, außergemeinschaftlichen Dimension und die Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen sowie durch die Entwicklung von gemeinsamen Programmen über die Master Erasmus Mundus und die Projekte für den Kapazitätsaufbau des Erasmus+-Programms gefördert wird.
9. Die Delegationen nehmen die Gelegenheiten zur Zusammenarbeit, die durch das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Offen für die Welt“ geschaffen werden, zur Kenntnis. Beide Seiten heben hervor, wie wichtig die vollständige Umsetzung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit EU-Chile als Mechanismus zur Weiterführung der umfangreichen Erfahrung in der Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten bei verschiedenen Initiativen in Forschung, Technologie und Innovation ist, die u. a. in der zunehmenden Teilnahme von chilenischen Forschern an den europäischen Rahmenprogrammen sichtbar wurde. Beide Seiten werden mit großem Interesse die VIII. Sitzung des Lenkungsausschusses für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit am 2. Februar 2017 in Brüssel verfolgen. Des Weiteren bekräftigen beide Delegationen ihren Einsatz zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit im Rahmen der gemeinsamen Initiative für Forschung, Technologie und Innovation und durch den Aufbau des Gemeinsamen Forschungsraums EU-CELAC.
10. Die europäische und die chilenische Delegation bekräftigen ihr Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens, die einhergeht mit der gerechten Einteilung der häuslichen Pflichten, die zwangsläufig durch aktive politische Maßnahmen gefördert werden muss, um u. a. die Beschäftigungsfähigkeit von Frauen zu verbessern und das Angebot an zugänglichen, öffentlichen Unterstützungsdienstleistungen für die Betreuung pflegebedürftiger Personen zu erweitern. Sie fordern die zuständigen Behörden auf, in diesem Bereich weiterhin gesetzgeberische Fortschritte zu erzielen und politische Maßnahmen wie die oben genannten durchzusetzen und gleichzeitig notwendige Aufklärungskampagnen durchzuführen, um die für die Geschlechtergleichstellung erforderlichen, tiefgreifenden kulturellen Veränderungen voranzutreiben. In diesem Sinne betonen beide Delegationen ihre Verpflichtung, die Geschlechterperspektive in alle Bereiche des Assoziierungsabkommens aufzunehmen.

11. Die Delegation des Europäischen Parlaments nimmt zur Kenntnis, dass die Wachstumsprognosen der chilenischen Wirtschaft zwar weniger positiv sind, jedoch immer noch über dem regionalen Durchschnitt Lateinamerikas liegen. Sie nimmt diesbezüglich zur Kenntnis, dass die Wirtschaft Chiles 2016 um 1,7 % wachsen konnte, obwohl das regionale BIP schrumpft und die allgemeine globale Lage weiterhin ungünstig für die Rohstoffpreise ist. Sie betont, dass eine solide Wirtschaftspolitik, eine weiterhin verhältnismäßige Verschuldung und die umsichtige makroökonomische Verwaltung Maßnahmen darstellen, die auf ein solides und nachhaltiges Wirtschaftswachstum auf kurze, mittlere und lange Sicht schließen lassen. Dieses Wachstum sollte für alle zu Wohlstand und zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen, der Basis zur Vermögensschaffung in der Gesellschaft.
12. Darüber hinaus bewertet die europäische Delegation die von Chile durchgesetzten Reformen in den Bereichen Bildung, Transparenz und öffentliche Finanzierung politischer Aktivität, Wahlrecht und Eröffnung eines partizipativen Prozesses zur Erwägung einer Verfassungsreform als positiv. Sie ist der Auffassung, dass es sich hierbei um Initiativen handelt, die zur Entwicklung einer demokratischen und einheitlichen Gesellschaft beitragen, insbesondere wenn die Kanäle für einen breiten und integrativen Dialog im Hinblick auf die Erarbeitung von allgemeinen Leitlinien verstärkt werden, und hebt hervor, dass es weiterer Anstrengungen in dieser Hinsicht bedarf.
13. Die chilenische Delegation nimmt das Ergebnis der Abstimmung vom 23. Juni im Vereinigten Königreich zur Kenntnis, das einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union vorsieht – allgemein als „Brexit“ bekannt. Sie nimmt darüber hinaus die Worte der britischen Premierministerin Theresa May zur Kenntnis, die bestätigte, dass sie den Austrittsprozess im März 2017 einleiten würde, mit der Absicht, den Austritt für das Jahr 2019 festzulegen. Sie weist jedoch mit Besorgnis darauf hin, dass diese Entscheidung langfristige und ungewisse Konsequenzen haben wird sowie die wirtschaftlichen Ströme und Handelsströme zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU beeinträchtigen werden und darüber hinaus voraussichtlich das Wirtschaftswachstum unmittelbar beeinflussen werden. Sie erklärt sich besorgt über die Art und Weise, in der der verhandelte Austritt des Vereinigten Königreichs vonstattengehen wird, und welchen Rahmen die institutionellen und handelsbezogenen Abkommen mit der EU haben werden, da dies auch die Beziehungen Chiles mit dem Vereinigten Königreich beeinflussen wird, die sich derzeit im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit der EU entfalten.
14. Die chilenische Delegation begrüßt, dass sich die europäische Wirtschaft weiterhin erholt, trotz des komplexen und u. a. durch das britische Referendum ungewissen wirtschaftlichen Klimas. Tatsächlich erlauben die jüngsten Zahlen etwas mehr Optimismus, da für 2016 ein Wachstum von 1,7 % prognostiziert wird, was voraussichtlich zu einer schrittweisen Reduzierung der Arbeitslosenquote und der Ungleichheiten führen wird, die im Zuge der Wirtschaftskrise erreicht wurden.
15. Beide Delegationen verurteilen die Terroranschläge, die in den letzten Monaten wiederholt in verschiedenen europäischen Städten verübt wurden, aufs Schärfste und solidarisieren sich mit den Opfern, deren Familien und mit den betroffenen Ländern. Sie betonen erneut, dass diese Taten eine tatsächliche Bedrohung der gemeinsamen Werte der Freiheit, der Grundrechte und der Menschenwürde darstellen, und sprechen sich für eine

stärkere Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten und auf globaler Ebene bei der Bekämpfung des Terrors und der Gewalt aus, die sich aus jeglicher Art von Extremismus ergibt.

16. Die chilenische und die europäische Delegation blicken mit Spannung auf die Auswirkungen des negativen Ausgangs des Referendums in Bezug auf den Friedensprozess in Kolumbien. Sie hoffen und wünschen, dass sich alle betroffenen Seiten zusammenschließen und den Weg zu einem anhaltenden Frieden und einem friedlichen, demokratischen und gerechten Miteinander aller Kolumbianer finden. Sie fordern Chile und die EU auf, als weiteres Zeichen ihres gemeinsamen Engagements für friedliche Mittel zur Lösung von Konflikten weiterhin für den Friedensprozess in Kolumbien zusammenzuarbeiten und diesen zu unterstützen.
17. Beide Delegationen nehmen die X. EU-CELAC-Sitzung auf hoher Ebene in Santiago de Chile zur Kenntnis, die das Thema der Staatsführung in Bezug auf Migrationsströme behandelte, und bekräftigen in dieser Hinsicht ihren Einsatz für die stärkere biregionale Zusammenarbeit in diesem Bereich. Sie sind sich einig, dass es eines mehrdimensionalen Ansatzes und einer größeren Kohärenz der politischen Maßnahmen bedarf, um den positiven Effekt der Migration auf die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Weiterentwicklung der Herkunfts- und Zielländer und den Wohlstand der Menschen insgesamt zu verstärken. Dies bedeutet, politische Maßnahmen in verschiedenen Bereichen zu erwägen, wie z. B. in der sozialen Eingliederung, der Beschäftigung, der Gesundheitsversorgung und der Bildung, sowie die Handhabung der Migration auf einer Grundlage der gemeinsamen Verantwortung unter strikter Wahrung der Menschenrechte und des Prinzips der Nicht-Kriminalisierung von Migranten voranzutreiben, indem Bildungs- und Sensibilisierungsprogramme zugunsten des Pluralismus und der sozialen Toleranz entwickelt werden, insbesondere in Bezug auf Minderjährige und von Armut und Ausgrenzung gefährdete Bevölkerungsgruppen.
18. Beide Delegationen erklären erneut ihr Engagement für die Zusammenarbeit in internationalen Foren, um jene legislativen und politischen Initiativen voranzubringen, die der Bekämpfung von Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Steuerbetrug dienen, u. a. jene, mit denen gegen begünstigende Rechtsvorschriften in bestimmten Steuergebieten („Steuerparadiese“) vorgegangen wird.
19. Die chilenische und die europäische Delegation heben hervor, wie wichtig die Kriterien für die Zusammenarbeit der von den Mitgliedern der Vereinten Nationen angenommenen Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sind, und betonen erneut, dass die von der Weltbank und der OECD verwendeten Indikatoren zur Messung der Entwicklung aktualisiert werden müssen, um sie an diese Agenda anzupassen. Darüber hinaus begrüßen sie die Initiative der chilenischen Regierung zur Einrichtung des nationalen Rates zur Umsetzung der Agenda 2030, für die die verschiedenen Agenturen der Regierung, die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft zusammengebracht wurden, um die Ziele zur nachhaltigen Entwicklung zu erreichen, und die Ausarbeitung ihrer Politik und Strategie für die internationale Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ziel, die Herausforderungen der Agenda 2030 zu bewältigen; insbesondere muss den Migrationsströmen eine besondere Aufmerksamkeit zukommen.

20. Die Delegationen begrüßen, dass 190 Staaten, unter ihnen auch Chile, und die Europäische Union das Übereinkommen von Paris über den Klimawandel unterzeichnet haben, das erste rechtlich bindende Übereinkommen, in dem Verpflichtungen für die Industrieländer und die Entwicklungsländer festgelegt werden. Sie begrüßen außerdem, dass das Inkrafttreten des Übereinkommens unmittelbar bevorsteht, und es bereits in 77 Fällen ratifiziert wurde – u. a. auch von der EU – und dass auf die betreffenden Länder insgesamt ein geschätzter Anteil der gesamten weltweiten Emissionen von Treibhausgasen entfällt, der in Kürze die geforderten 55 % übersteigen wird. Beide Delegationen erwarten, dass die Gültigkeit vor der COP 22 in Marrakesch (Marokko) im November 2016 konkretisiert wird, und dass die Länder, die das Übereinkommen noch nicht ratifiziert haben, unter ihnen Chile, diesen Prozess sobald wie möglich abschließen können. Sie fordern die EU und Chile auf, auf der Grundlage des Grundsatzes der gemeinsamen Verantwortung stärker in internationalen Foren zusammenzuarbeiten, insbesondere während der COP 22. Schließlich betonen sie, dass das Inkrafttreten allein nicht den notwendigen Wandel mit sich bringen wird. Die vorgesehenen national festgelegten Beiträge (NFB) müssen sich mittels der raschen Aktion der Legislativen und Exekutiven in politischen und direkten Maßnahmen in allen Wirtschaftsbereichen niederschlagen.
21. In dieser Hinsicht betonen beide Delegationen ihre Überzeugung, dass es bedeutende Möglichkeiten zur Zusammenarbeit bei der Umsetzung der vorgesehenen national festgelegten Beiträge gibt, die von den Unterzeichnenden zum gegenseitigen Nutzen im Bereich Energie festgelegt wurden und die zur Gewährleistung einer stabilen, erschwinglichen und ökologisch nachhaltigen Energieversorgung beitragen. Hierfür setzen sie auf mögliche gemeinsame Initiativen für den Austausch von bewährten Verfahren sowie auf den Transfer von Technologien und Know-how, um nicht herkömmliche, erneuerbare Energieträger zu entwickeln und die Energieeffizienz in Chile und in der EU zu verbessern.
22. Die Delegation des Europäischen Parlaments nimmt die Leistung Chiles im globalen Umfeld zur Kenntnis, insbesondere in den verschiedenen internationalen Foren, sowie ihren Beitrag zur Stabilität, dem Frieden und der Achtung des Völkerrechts. Ebenso hebt sie die Übereinstimmung der Positionen Chiles und der EU in Bezug auf die Förderung eines effektiven Multilateralismus, dem Schutz der Menschenrechte und der friedlichen Beilegung von Konflikten hervor. Die Delegation erklärt in diesem Sinne ihre Wertschätzung des Beitrags der chilenischen Truppen zum Erfolg der Operation EUFOR ALTHEA in Bosnien und Herzegowina sowie des Beitrags, den Chile mit der Entsendung von zivilem Personal in Krisenbewältigungsoperationen der EU aufgrund des von den Partnern angenommenen Abkommens über die Schaffung eines Rahmens für die Beteiligung an Krisenbewältigungsoperationen leisten kann; beide Seiten erklären sich besorgt über die immer weniger werdende Achtung der Menschenrechte in Europa.
23. Beide Delegationen fordern die Kommission und die chilenischen Behörden auf, den GPA EU-Chile regelmäßig über Gesetzgebungsvorhaben zu unterrichten, die Auswirkungen auf das Assoziierungsabkommen haben könnten.
24. Sie danken den Ministern und Angehörigen der chilenischen Regierung sowie den Vertretern der Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes für die Unterstützung und die während dieser Sitzung bereitgestellten Informationen.

25. Beide Delegationen verpflichten sich, diese Erklärung den Mitgliedern des Assoziationsrats zu übermitteln, und bekräftigen den Wunsch, dass die beiden Kovorsitzenden des GPA EU-Chile an den künftigen Treffen dieses Rates teilnehmen und dass der GPA regelmäßiger in die Überwachung der Umsetzung des Assoziierungsabkommens eingebunden wird.

26. Sie beschließen, die XXIV. Sitzung des GPA im ersten Halbjahr 2017 (24. - 25. April 2017) in Brüssel abzuhalten.

Unterzeichnet am 3. November 2016 in Santiago de Chile.

Delegation des Europäischen
Parlaments im Gemischten
Parlamentarischen Ausschuss EU-Chile

Delegation des Nationalkongresses von
Chile im Gemischten
Parlamentarischen Ausschuss EU-
Chile

Constanze Krehl
Vorsitzende

Pablo Lorenzini
Vorsitzender